Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport

Sitzungsdatum: Dienstag, den 21.07.2015
Beginn: 17:03 Uhr
Ende: 18:45 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Tobias Gerdesmeyer

Vorsitzender

Herr Werner Steinke

Ausschussmitglieder

Herr Norbert Hinzke

Frau Silvia Klee

Herr Torsten Mennewisch

Herr Dr. Lutz Neubauer

Herr Clemens-August Röchte

Vertretung für Frau Andrea Bünger

Herr Paul Sandmann

Frau Julia Sandmann-Surmann

Vertretung für Herrn Michael Zobel

Frau Elsbeth Schlärmann

Vertretung für Herrn Christian Fahling

Frau Brigitte Theilen

Herr Clemens Westendorf

Herr Gerd Wulff

Herr Ali Yilmaz

Hinzugewählte

Frau Elke Geese

Herr Carsten Natemeyer

Verwaltung

Herr Gert Kühling

Frau Cornelia Heidkamp

Herr Bernd Kröger

bis TOP 3.

Frau Barbara Wilkens

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Frau Andrea Bünger

Herr Dirk Christ

Herr Christian Fahling

Herr Michael Zobel

Tagesordnung:

Öffentlich

1. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 26.02.2015
2. Verpflichtung und Pflichtenbelehrung des Schülervertreters Fynn Kaletta
Vorlage: 10/082/2015
3. Verkehrsregelung vor der Realschule Meyerhofstraße - Umgestaltung des Schulhofes der ehem. Orientierungsstufe I - Innenhof; Vorstellung der Planung
Vorlage: 65/272/2015
4. Bekenntnisschulen
Vorlage: 10/080/2015
5. Bericht von den Sitzungen des Kulturforums am 25.03. und 01.07.2015
Vorlage: 10/081/2015
6. Mitteilungen und Anfragen
 - 6.1. 3-Feld-Sporthalle
 - 6.2. Waldbad-Plantschbecken
 - 6.3. Inklusion
 - 6.4. Schülervertreter

Öffentlich**1. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 26.02.2015****Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 11 , Enthaltungen: 4

**2. Verpflichtung und Pflichtenbelehrung des Schülersvertreters Fynn Kaletta
Vorlage: 10/082/2015**

Der Schülersvertreter war wegen eines anderen Termins verhindert. Dieser Tagesordnungspunkt entfiel daher.

**3. Verkehrsregelung vor der Realschule Meyerhofstraße - Umgestaltung des Schulhofes der ehem. Orientierungsstufe I - Innenhof; Vorstellung der Planung
Vorlage: 65/272/2015**

Bauamtsleiter Kröger wies zu Beginn darauf hin, dass die Realschule Meyerhofstraße über keinen eigenen PKW-Parkplatz verfügt. Es müsse auf öffentliche Parkplätze ausgewichen werden, die ab 14.00 Uhr auf eine Parkdauer von 2 Stunden begrenzt seien. Durch den vermehrten Nachmittagsunterricht werde die Parksituation zunehmend zu einem Problem. Die Schule hat darum gebeten zu prüfen, ob der nicht mehr genutzte Schulhof der ehemaligen Orientierungsstufe als Parkraum umgestaltet werden kann. Die Situation stellte sich wie folgt dar:

Durch die Abschaffung der Orientierungsstufe hat deren ehem. Schulhof zunehmend an Frequenz verloren. Die vorhandenen Spielgeräte werden gar nicht mehr genutzt und entsprechen auch nicht mehr den Sicherheitsbestimmungen, so dass diese abgebaut werden müssen. Die befestigten Flächen wirken unansehnlich und bedürfen einer generellen Ausbesserung.

Anhand von Skizzen stellte Bauamtsleiter Kröger eine Entwurfsplanung vor. Danach könnten folgende Stellplätze geschaffen werden:

20 Stellplätze für PKW

16 Stellplätze für Roller / Mofa, insbesondere für die Jahrgänge 9 und 10

300 Fahrradabstellplätze durch Anordnung von Fahrradbügeln (150 Stk.)

Die Zufahrt erfolgt von der Meyerhofstraße. Durch entsprechende Markierungen sollen Zweiräder gesondert geführt werden. Für die Befestigung der Flächen und die vorhandene Bepflanzung sollten - soweit möglich - die vorhandenen Materialien wiederverwendet und neue ergänzend einbezogen werden. Die Kosten für diese Maßnahmen belaufen sich auf rd. 125.000,00 €

Im Hinblick auf die kurze Vorbereitungszeit und die Höhe der zu erwartenden Kosten wurde eine Zurückstellung beantragt, um eine Beratung in den Fraktionen und ggfs. im Bauausschuss zu ermöglichen.

Beschluss:

Die Maßnahme wird für eine Beratung in den Fraktionen zurückgestellt.

zurückgestellt

Ja-Stimmen: 11 , Nein-Stimmen: 2 , Enthaltungen: 2

4. Bekenntnisschulen Vorlage: 10/080/2015

Stadtamtsrätin Heidkamp stellte den Sachverhalt vor: Die sechs Grundschulen in Lohne seien sogenannte Bekenntnisgrundschulen nach § 129 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG). Jede Grundschule nimmt alle Schüler ihres Einzugsbereiches, unabhängig von deren Konfession, auf. Dies führte dazu, dass sich der Anteil bekenntnisfremder Schüler an den einzelnen Schulen zum Schuljahr 2014/2015 wie folgt entwickelte:

Franziskus-Schule	138 von 322 Schülern = 42,9%	nicht katholisch,
Gertrudenschule	69 von 126 Schülern = 54,8%	nicht katholisch,
Ketteler-Schule	116 von 311 Schülern = 37,3%	nicht katholisch,
Von-Galen-Schule	117 von 248 Schülern = 47,2%	nicht katholisch,
Grundschule Brockdorf	20 von 92 Schülern = 21,7%	nicht katholisch,
Grundschule Kroge	8 von 59 Schülern = 13,6%	nicht katholisch.

Bezogen auf alle Grundschulen sind 468 von 1158 Schülern = 40,4% nicht katholisch.

Das Aufnahmeverfahren wurde in Übereinstimmung mit allen Grundschulen entwickelt. Hintergrund war, dass die Aufnahme bekenntnisfremder Schüler entsprechend der Aufnahme-Verordnung gemäß § 129 NSchG (Aufnahmequote mehrfach erhöht auf letztlich 30%) permanent zu großem Widerstand unter den Erziehungsberechtigten nichtkatholischer Schüler führte, weil sie eine Aufnahme ihrer Kinder zusammen mit Nachbarkindern und Kindergartenfreundschaften in die wohnortnahe Bekenntnisgrundschule wünschten. Um dies zu erreichen wurden unter anderem immer wieder ärztliche Atteste vorgelegt, wonach (nichtkatholische) Kinder aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage seien, die weiter entfernt gelegene Gemeinschaftsschule zu besuchen. In Einzelfällen soll es sogar Ummeldungen in einen Schulbezirk, dessen Grundschule aufgrund Einhaltens der Quote keine bekenntnisfremden Schüler ablehnen brauchte, bis hin zu Übertritten zum katholischen Glauben, gegeben haben.

In dieser Situation bildete sich im Jahr 2003 eine Elterninitiative, die als Hauptziel die Gleichstellung aller Schülerinnen und Schüler in Lohne forderte. Für Beratungen wurde ein Arbeitskreis gebildet, dem neben Vertretern der Verwaltung und der Grundschulleitungen auch deren Elternvertreter, Vertreter des Stadtelternrates, der Kirchengemeinden, der damaligen Bezirksregierung (heute Landesschulbehörde) und der Elterninitiative angehörten. Im Ergebnis wurde einvernehmlich vereinbart, dass alle Grundschulen alle Schüler ihres Einzugsbereiches aufnehmen. Seit 2004 wurde so verfahren. Danach reduzierte sich die Anzahl der Schüler an der Brüder-Grimm-Schule, der einzigen Schule für Schülerinnen und Schüler aller Bekenntnisse, auf Null, so dass die Niedersächsische Landesschulbehörde im Jahr 2010 deren Löschung vornahm.

Diese Situation wurde nunmehr von der Ratsgruppe Lohner kritisiert und beantragt, der Rat möge die Verwaltung beauftragen, Maßnahmen zu ergreifen, die zur Umwandlung von Lohner Bekenntnisschulen in Schulen für Schülerinnen und Schüler aller Bekenntnisse noch in dieser Ratsperiode führen. Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Rates am 18.03.2015 beraten.

Beschlossen wurde, die Verwaltung solle durch eine schriftliche Anfrage beim Niedersächsischen Kultusministerium die Frage klären, ob tatsächlich zwingend an den vier Lohner Stadtschulen, die die Quote überschreiten, gemäß § 135 Abs. 5 Satz 3 Ziffer 3 NSchG eine Abstimmung über die Umwandlung der Bekenntnisschule durchgeführt werden muss.

Das Kultusministerium hat zwischenzeitlich seine Rechtsauffassung mitgeteilt, wonach Abstimmungen in den Grundschulen notwendig sind, in denen in vier aufeinander folgenden Schuljahren die Aufnahmequote für bekenntnisfremde Schüler entsprechend der Aufnahme-Verordnung überschritten wird. Dies betrifft die Grundschulen im Stadtbereich von Lohne. Eine zeitliche Vorgabe, wann die Befragungen durchzuführen sind, hat das Kultusministerium nicht gemacht.

Die aktuelle Situation wurde mit den Grundschulleiterinnen, Vertretern der Landesschulbehörde sowie des Bischöflich Münsterschen Officialates erörtert. Im Ergebnis bestand Konsens darin, dass die Situation, die letztlich zur Löschung der Brüder-Grimm-Schule geführt hat, nicht wieder entstehen solle. Im Interesse gemeinschaftlicher Integrationsbemühungen sei es wünschenswert, dass auch weiterhin alle Schüler eines Einzugsbereiches, unabhängig von Religion oder Herkunft, die jeweilige Grundschule besuchen. So sei gewährleistet, dass Kinder mit Migrationshintergrund oder Sprachdefiziten von allen Grundschulen aufgenommen und damit Integrationsarbeit - besonders hinsichtlich der zunehmenden Zahl zu erwartender Flüchtlingskinder - und die besonderen Bemühungen um die Sprachförderung von allen Grundschulen gemeinsam geleistet werden. Dieses Einvernehmen hat ganz erheblich zum Schulfrieden in Lohne beigetragen.

Eine Lösung wurde daher nur in einer einheitlichen Regelung gesehen. Bei einer Umwandlung einzelner Grundschulen wurde eine Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen befürchtet.

Um eine einheitliche Schullandschaft beibehalten, aber auch um alle Erziehungsberechtigten von Grundschulkindern in eine Entscheidung einbeziehen zu können, wurde von der Verwaltung vorgeschlagen, im Falle von Abstimmungen über eine Umwandlung alle Grundschulen einzubeziehen, mithin auch die Bauerschaftsschulen, die die Aufnahmequote einhalten. Hierfür wäre ein Beschluss gem. § 135 Abs. 5 Satz 3 Ziffer 2 NSchG erforderlich.

Abstimmungen sind vom Schulträger durchzuführen. Die Verwaltung würde dazu Stimmzettel – einheitlich für alle Grundschulen – herstellen, diese den Erziehungsberechtigten mit einem Anschreiben zustellen und den Rücklauf einschließlich Ermittlung des Abstimmungsergebnisses abwickeln. Zuvor sollten die Erziehungsberechtigten durch die Schule und den Schulträger über die Situation und die Auswirkungen der verschiedenen Abstimmungsergebnisse informiert werden. Hierfür einschließlich Abstimmung könnte die Zeit zwischen den Sommer- und den Herbstferien 2015 anvisiert werden.

Bei einer Abstimmung haben Erziehungsberechtigte, auch wenn mehrere ihrer Kinder eine Schule besuchen, zusammen eine Stimme. Abgestimmt wird über die Frage der Umwandlung einer Bekenntnisschule in eine Schule für Schülerinnen und Schüler aller Bekenntnisse. Nach § 135 Abs. 1 NSchG soll eine Umwandlung vorgenommen werden, wenn die Mehrheit der Erziehungsberechtigten einer Schule für die Umwandlung stimmt. Über eine Umwandlung entscheidet der Schulträger. Die Entscheidung bedarf der Genehmigung der Schulbehörde.

In der anschließenden Aussprache waren sich die Anwesenden einig, dass an allen 6 Lohner Grundschulen Abstimmungen durchgeführt werden sollen. Besonders betont wurde,

dass damit keine Abwertung der Bekenntnisschule beabsichtigt sei und Grundschulen auch nach einer Umwandlung Schülerinnen und Schüler aller Bekenntnisse aufnehmen können.

Angeregt wurde eine schriftliche Information der Erziehungsberechtigten im Vorfeld der Abstimmungen, um eine möglichst hohe Beteiligung an den Abstimmungen zu erreichen. Zustimmung aufgenommen wurde auch der Vorschlag, an allen Grundschulen umfassende Informationsveranstaltungen abzuhalten. Diese sollten kurz nach den Sommerferien durchgeführt werden, die Abstimmungen danach zeitnah zu den Herbstferien, spätestens im November.

Der Elternvertreter berichtete, der Stadtelternrat habe sich mit dem Thema befasst. Gewünscht werde, eine einheitliche Schulstruktur beizubehalten, d. h. entweder alle oder keine Grundschule umzuwandeln sowie eine umfassende Information der Eltern vor den Abstimmungen.

Nach kurzer Diskussion sprachen sich die Anwesenden dafür aus, die Abstimmung an allen 6 Grundschulen und dann zeitgleich durchzuführen, um eine unbeeinflusste Abstimmung zu gewährleisten.

Beschlussvorschlag:

Neben den Grundschulen im Stadtgebiet, an denen nach § 135 Abs. 5 Satz 3 Ziffer 3 NSchG Abstimmungen der Erziehungsberechtigten über die Umwandlung der Bekenntnisschule durchgeführt werden, sollen außerdem nach § 135 Abs. 5 Satz 3 Ziffer 2 NSchG Abstimmungen an den Grundschulen in Brockdorf und in Kroge stattfinden.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 15

Bürgermeister Gerdesmeyer gab zu bedenken, dass Abstimmungen zu unterschiedlichen Ergebnissen und zu teilweisen Umwandlungen führen könnten. Dann entstünde die gleiche Situation, die es vor 2010 in Lohne gegeben hat. Es würde zu einer Neueinteilung der Schulbezirke kommen, bei der man den gesamten Stadtbereich zweimal überplanen müsse, und zwar in Schulbezirke für Bekenntnisschulen und in Schulbezirke für Gemeinschaftsschulen. Gleichzeitig legte er Wert darauf, dass ein christliches Grundprofil an den Schulen erhalten bleibt. In diesem Zusammenhang verwies er auf das „Papenburg Modell“, bei dem alle Grundschulen umgewandelt wurden und sich ein christliches Profil gaben.

Eine einfachere Besetzung der vakanten Schulleiterstellen durch Umwandlungen sei nach Aussagen der Landesschulbehörde nicht zu erwarten, da es generelle Probleme bei der Besetzung der Stellen gäbe, wobei der Status der Schule keine Rolle spiele. Im Übrigen habe

es in der Vergangenheit Stellenbesetzungen gegeben, bei denen die Schulleitung nicht dem Mehrheitsbekenntnis angehörte. Auch beim Religionsunterricht gäbe es keine Veränderungen. Ein Fach „Werte und Normen“ sei für die Grundschule nicht vorgesehen.

Beschlussvorschlag:

An allen Lohner Grundschulen finden Abstimmungen gem. § 135 Abs. 5 Satz 3 Ziffern 2 und 3 NSchG statt. Im Vorfeld werden an allen Grundschulen Informationsveranstaltungen zwischen den Sommer- und den Herbstferien abgehalten. Anschließend erfolgen die Abstimmungen spätestens im November.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 15

5. Bericht von den Sitzungen des Kulturforums am 25.03. und 01.07.2015 **Vorlage: 10/081/2015**

Stadtamtsrätin Heidkamp berichtete von den Sitzungen des Kulturforums, das am 25.03.2015 dem Beschluss des Schulausschusses gefolgt ist und hat den Zeitraum für die Kulturtage vom 15. bis zum 24.04.2016 bestätigt sowie erste Anregungen und Ideen gesammelt.

In der Sitzung am 01.07.2015 wurden weitere Vorschläge und Anregungen zusammengetragen. Es wurde gewünscht, den Bereich Kinder und Jugend stärker ausprägen. Ein erster Programmentwurf war den Ausschussmitgliedern mit dem Protokoll zugegangen. An der weiteren Ausgestaltung wird gearbeitet. Die weitere Konkretisierung wird im Kulturforum in der für den 07.10.2015 geplanten Sitzung zusammengetragen. Anfragen und Gespräche hierfür laufen derzeit. Der Schulausschuss hat den Bericht zustimmend

zur Kenntnis genommen

6. Mitteilungen und Anfragen

6.1. 3-Feld-Sporthalle

Bürgermeister Gerdsmeyer stellte die Planentwürfe vor. Vorgesehen sei eine Dreifeldhalle, wie im ursprünglichen Entwurf dargestellt, allerdings mit einem Gymnastikraum im Obergeschoss, der multifunktional auch für Veranstaltungen genutzt werden kann. Über die Umkleidekabinen und eine Teeküche im Obergeschoss soll ein Catering ermöglicht werden. Die Bauantragsunterlagen werden derzeit in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro erstellt. Eine Antragstellung ist im Herbst vorgesehen.

6.2. Waldbad-Plantschbecken

Der Vorsitzende wies auf die teils unübersichtliche Situation bei der Spieleinsel im Planschbecken hin. Möglichkeiten einer Veränderung werden derzeit von der Verwaltung geprüft. Wünschenswert sei auch eine Lösung für die seit langem kritisierte niedrige Wassertemperatur.

6.3. Inklusion

Ein Ausschussmitglied wies darauf hin, dass der UN-Fachausschuss Deutschland wegen der mangelhaften Umsetzung der Inklusion gerügt habe.

In diesem Zusammenhang wies ein Ausschussmitglied darauf hin, dass das Land Baden-Württemberg beabsichtige, als einen Teil der Umsetzung mit einem neuen Schulgesetz die Orientierungsstufe einzuführen.

6.4. Schülervertreter

Der Ausschussvorsitzende dankte dem in dieser Sitzung verhinderten Schülervertreter, der auch an Sitzungen in anderen Gremien teilgenommen hatte und sprach ihm großes Lob für

sein Engagement aus. Da er mit Ablauf des Schuljahres keine Schule in Trägerschaft der Stadt Lohne besucht, kann er zukünftig nicht weiter als Schülervertreter mitwirken.

Tobias Gerdsmeyer
Bürgermeister

Werner Steinke
Vorsitzender

Barbara Wilkens
Protokollführerin